

Unsere Führer vogelfrei

Das Verbrechen der SPD

... Einmal und verlassen trommelt ein Heer der antiparlamentarischen Opposition auf der äußersten Linken des Hauses, nämlich die Kommunisten. Sie versuchen ihren Klamauk fortzuführen wie bisher. Sie haben auch diesmal nicht begriffen, um was es geht. Ihre Parole lautet: bleiben und weiter knaulen — in dessen brauchen die Hitler und Eugenbergs zum Sturm gegen die Demokratie, gegen die Grundrechte der Volksgenossen, gegen den Sozialismus tüften."

So, mit den obigen Worten verurteilt das Dresdner SPD-Plattchen von gestern die Verbrechen der "Sozialisten" zu verurteilen, die Kommunisten als Quasi-Hilfskräfte der Faschisten den Arbeitern vorzustellen. Um so notwendiger ist es für uns, die Bewirrkungsmanöver zu durchkreuzen, die rechten und linken SPD-Führer als Sozialfaschisten reinen Wassers zu brandmarken.

Am Sonntagabend wurde mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten der Etat des Reichsanlagers angenommen und damit Brünings politisches Vertrauen ausgesprochen. In derselben Sitzung kam es zu einer zweiten charakteristischen Abstimmung. Mit den Stimmen der SPD wurde ein Antrag des Reichsanlagers angenommen, über alle Abänderungsanträge zu den Etats des Reichsanlagers und des Reichsanlagers zur Tagesordnung überzugehen und ohne Debatte en bloc abzustimmen. Der Antragsteller bezieht sich dabei auf das Jahr 1925, als der damalige Bürgerkrieg regierte und in der gleichen Weise die Verfassung geordnet wurde. Für diese Erinnerung kann man nur dankbar sein. Das, was die Dresdner Volkszeitung diesmal als "Klamauk und Knäuel der Kommunisten" bezeichnet, die Verurteilung der Kommunisten, wurde damals, im Jahre 1925, von den Sozialdemokraten selbst betrieben.

Am 10. August 1925 führte Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokraten, in der Sitzung des Reichstages folgendes aus: "Wir Sozialdemokraten haben ein hartes Gefühl für die Würde des Parlamentes (...). Uns ist Demokratie etwas heiliges (...). Sogar haben wir ihnen, findet jetzt eine Entwürdigung der Demokratie statt. Was jetzt in Kraft treten soll, ist das Wirken einer kumpflingigen Maschine (...). Hier soll nicht mehr das Gesetz der Rechte der Arbeitenden im Vordergrund stehen, sondern hier herrscht rüchlichstolzer, brutaler Machtwille..."

Das nennt man Jahre später wird die "Demokratie" — auch im Interesse der "Würde" —, die wir wir loben erfahren haben, den SPD-Führern etwas "heiliges" ist, von denselben Wels und Kameraden gemeinsam mit den reaktionären Parteien in einer "kumpflingigen Maschinenpolitik" begrabert, die die Rechte der Arbeiter verweigert und den rüchlichstolzen und brutalen Machtwillen verleiht.

Aber das ist noch nicht alles. Seit Dienstag gibt es keine Demokratie mehr. Seit vorgestern sind die kommunistischen Abgeordneten vogelfrei. Das ist ein Ereignis von historischer Bedeutung. Die rechte Sozialdemokratie, die in der Vergangenheit von der Kommunisten zum Schutze der Arbeiter und der Demokratie gekämpft hat, befehligt sie in einem Augenblick, die reaktionäre Regierung bei der Revolution am Ruder zu lassen. Schon am Mittwoch haben daraufhin die preussischen Staatsanwaltschaften mit der Durchführung von 150 Strafverfahren gegen Abgeordnete begonnen. Die ganze Führung der Kommunistischen Partei steht unter Anklage: Ernst Thälmann, Hermann Remmele, Heinz Neumann, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, die Genossen Mühlensberg, Scheller, Kasperbauer, Gelste, Maddasens, Leow, Peter Sabalich, Strödel um. Die Arbeitsleistung zwischen SPD und Nationalsozialisten ist vollkommen. Wie es die Forderung der faschistischen Verbände ist, die revolutionären Organisationen zu verurteilen, so verurteilen die SPD-Führer, die kommunistische Partei ihrer führenden Rolle zu berauben.

Nun kann man viele Hände von SPD-Führern und Abgeordneten deren Partei zu einem noch in den nächsten Tagen den Reichsanlagers Brünings verabschieden wird, entrüsten zu sehen. Die Hitler und Eugenbergs zum Sturm gegen die Demokratie, gegen die Grundrechte der Volksgenossen, gegen den Sozialismus tüften."

Sowohl die Eugenbergs und Hitler tüften zum blutigen Vortrieb, zur Niederwerfung des Proletariats. Und die SPD-Führer verbünden sich mit ihnen, indem sie die reaktionäre Regierung bei der Revolution unterstützen und verurteilen, die kommunistische Partei führerlos zu machen.

Aber das Verbrechen wird die Partei der Revolution verurteilen. Es wird nicht nur die braune Mordpest niederkommen, sondern auch den Einfluss der linken Gruppe der Brünings-Fraktion, den Einfluss der sozialdemokratischen Führer zu vermindern müssen.

Der 83. Hochverräter

Leipzig, 11. Februar 1931.

Am Dienstag wurde vom ersten Strafgericht beim Reichsgericht der Schindler Genosse Friedrich Schock aus Sittichau wegen verurteilten "literarischen Hochverrats" zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Verurteilung des Hochverrats geht dahin, daß der Genosse dem "Roten Frontkämpferbund" auch nach dem Verbot noch angehört habe und einige Zeitungen die "Rote Front", die wegen hochverräterischer Inhalte beschlagnahmt waren, in Leipzig und davon zwei Stück verkauft habe. Für den angekündigten Verstoß wendeten sich gegen die imperialistischen Kriegstreiber.

Genosse Schock erklärte, daß er das Verbot des "Roten Frontkämpferbundes" für die größte Unverschämlichkeit halte und er werde auch weiterhin trotz allen Schikanen der Behörden und Richterschaft die rote Kampfbroschüre verbreitern helfen. Von nun an die Zeitungen erhalten habe. Ichnte er entschieden ab zu legen.

Rundgebung gegen Kulturfaschismus

Glänzende Kampflimmung — 40 Eintritte in die KPD

Dresden, den 12. Februar.

Die Rundgebung gegen Kulturfaschismus, in der die Kampfbroschüren der Arbeiter Dresdens einen revolutionären Weltfrieden ausstrahlten, gestaltete sich zu einer begeisterten Kampfdemonstration. Begleitet wurde den Ausführungen des Referenten, der die Kulturreaktion geißelte, zugestimmt. Mit größtem Interesse verfolgten die Massen die Szenen der 4 Dresdner Kampfbroschüren, die in glänzender Form das faschistische Regime zeigten. Unter alter Dresdner Kämpfer Genosse Bernhard Strömewitz wurde ebenfalls herausgeholt und ernste kämpferische Rede. Wir erwarten die Kritiken der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Unter Führung des beteiligten Eintritt waren 70 Mitglieder im Saal, um zu demonstrieren, daß der Faschismus heute Trumpf ist zur Knebelung der Massen. Die Verurteilung aber gaben die richtige Antwort durch Massenmarsch

„Rationalisiertes Parlament“

Nazis retten Curtius' Ministerfessel

Verteilte Rollen der SPD- und Nazi-Führer zur Durchführung des youngdeutschen Hungerturmes der Brüningsregierung

Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Nach dem Witz der antiparlamentarischen Debatte in der gestrigen Sitzung des Reichstages erfolgte die Abstimmung über das von der kommunistischen Fraktion beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichsanlagers Curtius. Mit 255 Stimmen (von 270 Mitgliedern des Reichstages) gegen 87 Stimmen bei 29 Enthaltungen wurde der Antrag abgelehnt. Da im Reichstag insgesamt 570 Abgeordnete sitzen, hat der Reichsanlagers nur deshalb eine Mehrheit bekommen, weil Nationalsozialisten und Deutschnationalisten vor dieser antiparlamentarischen Abstimmung seine gestützt sind. Sie haben damit Curtius parlamentarisch gerettet. Die Abstimmung über den Antrag der Kommunisten auf sofortige Einstellung der Youngdeutschen und den Einbruch des Hungersturms wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit auf heute verlegt.

Neue Blutaten der Mordfaschisten!

Eine ernste Lehre für die Arbeiter

Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern Abend sollte im Stadtteil Wilmersdorf eine Versammlung des Kampfbundes gegen Faschismus stattfinden. Kurz vor 18,30 Uhr, als erst wenige Arbeiter im Saal anwesend waren, drangen etwa 400 aus ganz Berlin zusammengekommene SA-Faschisten in die Versammlung ein. Durch das Eindringen der Nazis, die auch in allen umliegenden Straßen schwer bewaffnete Mordkolonnen aufgestellt hatten, konnten die Arbeiter später nicht mehr in den Saal kommen. Im Saal herrschte die Nazis auf die Füße und trübten die Mordkolonnen. Die Polizei erwieh sich als voller Hundstüber der Mordfaschisten. Sie wollte sogar verurteilt, blutende Arbeiter hindern, den Saal zu verlassen. Als auf die Kunde von dem faschistischen Überfall zahlreiche Arbeiter herbeiströmten, wurden sie in den umliegenden Straßen von Goebbels-Mordkolonnen mit

Stöckern und anderen Mordwerkzeugen überfallen. Die Polizei hatte später den Hügel der Nazis.

Die Nazis haben schreitend gesagt: "Wir haben ganz offen: Es ist eine Schmach für das rote Berlin, daß ein solcher Überfall glücken konnte. Nun wenn ich diese freche faschistische Provokation in meinem Arbeitskreis jugendlichen hat, ist es doch der Wunsch zur schärferen Selbstkritik für die kommunistische Partei und die gesamte Berliner Arbeiterchaft. Wir müssen und werden dafür sorgen, daß ein solcher Vorfall in roten Berlin niemals mehr wiederholen kann. Wir werden künftig für alle Veranstaltungen der revolutionären Arbeiterchaft Sicherungen schaffen, daß die Mordfaschisten, sollten sie je noch einmal einen solchen Überfall wagen, im wahrsten Sinne des Wortes zu Tausend getrieben werden."

Mit Polizeifüßeln gegen Volkstongrek

Diesmal nicht Gebering, sondern Fried

Leipzig, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Dienstagabend gegen 22 Uhr wurde in Leipzig eine Kundgebung der KPD, die sich mit dem Volkstongrek gegen den Faschismus und mit den Betriebsrätearbeiten befaßt, von einem ungeheuren Polizeiaufgebot überfallen. Etwa 20 Kriminalbeamte und ein großes Kommando Schutzpolizei rückten unter Führung des berüchtigten Kommissars Kade in das Versammlungsgelände ein. Vor lauter Eile warfen sie Stühle und Tische um, um möglichst schnell die Versammlung zu räumen zu können. Die ganze Umgebung war mit Schutzpolizei abgeriegelt. Es wurde eine übertriebene Durchsuchung sämtlicher Anwesenden vorgenommen. Jeder beschriebene Faust und jeder Revolver wurde beschlagnahmt. Die Aktion dauerte über eine Stunde. Das geladene Material für die Kundgebung ohne jeden Wert sein. Einziges einer WTB-Mitglied fand keine Verhaftungen vorgenommen worden. Auch in Leipzig führte die Polizei eine Aktion in einer Mitglieder-versammlung durch.

Die Agenten der Reichswehrgeneräle

Vor Entscheidung über Brünings Wehr- und Aufrüstungsetat / Die SPD stimmt dafür

„Unter erster Mobilisierungstag ist der 10. Februar. Jetzt müssen alle um die Zukunft unseres Volkes besorgten Deutschen zusammenstehen; es geht um die Freiheit unseres geliebten Vaterlandes. Darum rufen wir alle deutschen Männer und Jungen auf: Sofort antreten zum SA-Dienst! Sofort Einsteigen! Jahrestaxen 1913-1917 Hitler-Jugend, 1896-1913 SA, alle vor 1896 Geborenen SA-Reserve.“

So lautet das Mobilisierungsplakat der Nazis in Chemnitz, nachdem sie unter großem Lärm aus dem Reichstag ausgesetzt unter Führung Eugenbergs und in Zukunft nur noch ihre Plakate abgeben wollen.

Die Dresdner Volkszeitung und die übliche SPD-Presse feiern die Unterhändler Brünings durch die SPD als einen „Triumph der Demokratie“. Das Dresdner SPD-Komitee brachte ihren Arbeitern auch noch einen Schwindel, die „Zustimmung“ Brünings zum „Abbau des Wehretats“ als „realen Erfolg“, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. Dazu werden die Kommunisten infamiert.

„Wenn die Faschisten die Volksrechte rauben und die Kommunisten ihnen dazu Hilfspolizei stellen — was ist das? Wenn Herr Stöcker stellt, und die kommunistische Reichstagsfraktion unter dem Befehl von Unteroffizier Stöcker daraufhin antritt — was ist das?“

So der Vorwurf, um über die Verbrechen der SPD gegen die Arbeiter zu täuschen. Jetzt schon muß die SPD-Presse erklären, daß die „erreichten Absätze am Wehretat“ reinen Schwindel waren:

„Die Werbung eines Berliner Montagblattes, in der behauptet wird, der Reichsanlagers sei zu einem Entgegenkommen an die Sozialdemokratische Partei in Form von Abstrichen am Wehretat bereit, beruht, wie wir mit von unterrichteter Seite erfahren, auf reinen Kombinationen.“

Das schreibt das Jmdauer SPD-Blatt. Es verheimlicht, daß u. a. auch die Dresdner Volkszeitung den Schwindel auf der ersten Seite aufmachte. Jetzt schreibt das Leipziger SPD-Blatt:

„Werden die Tölpel des Parlamentarismus und der Demokratie in diesen schweren parlamentarischen Arbeitswochen niedergelassen, dann werden sie eine weithin wirkende Niederlage erlitten haben. Dann darf man erwarten, daß aus diesen Kriegen ein rationalisiertes Parlament entsteht, in dem die Schwächer zurücktreten haben und in dem die faschischen und enthaltenden Arbeiten im Vordergrund stehen.“

Es ist ohne weiteres klar, daß jetzt im wesentlichen die SPD dem Diktator Brünings bei der Verabschiedung des Etats treue Dienste leisten wird, und nur wenn es sehr hart brennt, d. h. wenn ein größeres Betrugsmanöver gegen die Wehrkräfte durchgeführt werden soll, wird die „nationale Opposition“ auf-

treten und durch demagogischen Lärm den Rebel erzeugen, den die SPD für ihren Volksbeitrag braucht.

Jamohl, „rationalisiertes Parlament“, wie die Leipziger Volkszeitung schreibt, Arbeitsstellung zwischen SPD-Führern und den Nazi-Demosgen zu dem einzigen Zweck, Brünings Hunz und Diktatorfeldzug gegen das wertvolle Deutschland durchzuführen.

Krieg dem Lohnräuberband!

Leipzig, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand die Abstimmung über den Vorstoß des Stahlwerks, die tariflichen Löhne im Hüttenbetrieb von Stahlwerk Weidewitz um 20 Prozent herabzusetzen, statt. Das Ergebnis der Abstimmung ist: Gegen den Werkvorstoß 4309 Arbeiter, für den Werkvorstoß 1235 Arbeiter; gegen den Werkvorstoß 91 Angestellte, für den Werkvorstoß 682 Angestellte. Das Ergebnis der Abstimmung unter den Arbeitern bedeutet eine Klageerklärung gegen die Lohnräuber. Die Abstimmung zeigt den großen Kampfwillen der Metallarbeiter an der Ruhr. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird diesen Kampfwillen, der in allen Nordwestbetrieben vorhanden ist, in die Tat umsetzen und die Arbeiterchaft zum Gegenstoß führen.

Buchdrucker-Bürokratie im Lohnraub

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern stattgefundenen Kämpfe um den Lohnraub über den Schlußbericht der Buchdrucker, der einen Lohnraub um 20 Prozent vorsieht, haben sich erledigt. Die Arbeiter haben diesen Lohnraub zu gering ist. Der „Vormarsch“ überwindet diese Werbung „Unternehmer wirtschaftliche Fortschritt“, während er noch am 4. Februar großsprecherisch schreie, während die Arbeiter nur eine Seite der Sozialfaschisten war. Obgleich das Organisationsverhältnis der Buchdrucker ein ganzes ist, wird der Buchdruckerverband nicht den Kampf gegen den Lohnraub führen. Die Buchdrucker können gegen den Lohnraub nur unter Führung der KPD kämpfen.

Unter Vormarsch in Kadeberg

In einer von den Renegaten einberufenen öffentlichen Versammlung am Mittwochabend, in der Frank (Berlin) und Schneider (Freital) die Referate hielten, kam es noch einmal zu einer ideellen öffentlichen Auseinandersetzung über die Front des einheitlichen Abwehrkampfes der Arbeiter gegen den Faschismus. Die Ausführungen dieser Buchkommunisten sind dadurch gekennzeichnet, daß der Führer der Kadeberger SPD, Brüdner, in der Diskussion erklärte, daß er einem großen Teil der Ausführungen zustimmen könne, und daß die Referate gewiß hätten, daß es möglich sei, mit den Renegaten zusammenzuarbeiten. Brüdner verteidigte voll und ganz die ideologische Rolle der SPD im Reichstag und die Maßnahmen Geberings gegen die Arbeiterchaft.

Die oft von lebhaftem Beifall unterbrochenen Ausführungen des Referenten der KPD waren eine scharfe Abrechnung mit den Renegaten und Kadeberg. Unter Genosse zeigte an Hand der Vorgänge in Kadeberg, daß weder die Renegaten, noch die SPD einen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus führen werden, das beweist das schmerzliche Hinnehmen des Demonstrationsoberbets und das unmarxistische Verhalten der Nazis in Kadeberg. Die Kommunisten würden auf der breiten Front die Aktionsausschüsse gegen den Faschismus organisieren, Betriebskomitees gegen den Faschismus bilden und den Kampfband gegen den Faschismus zu einer harten, mächtigen Kampfbroschüre aller Arbeiter machen. Das kämpferische Verbot, den unter Kadeberg erhielt, und der Eintritt von vier Arbeitern in den Kampfband zeigt, daß die Kadeberger Arbeiterchaft erkannt hat, daß nur unter der Führung der KPD erfolgreich der Kampf gegen das braune Mordregiment geführt werden kann. Jetzt heißt es aber, in Kadeberg dazu überzugehen, in den Betrieben, auf den Stempelfabriken, in Werkswohnungen der Kleinrentnerbetriebe und Angehörigen die Delegierten zu einem wirklichen Einheitskomitee der Arbeiterchaft gegen den Faschismus zu wählen, auf der Grundlage des Kampfauftrages des Kampfbundes gegen den Faschismus.